

Liebe Leserinnen und Leser,

Volker Leienbach, Direktor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e. V.

aus der SPD waren in letzter Zeit Stimmen zu hören, die eine Abschaffung der Privaten Krankenversicherung (PKV) zur Bedingung für Gespräche über eine große Koalition machen wollen. Dieser Vorstoß verwundert vor allem deswegen, weil das deutsche Gesundheitswesen hervorragend dasteht und sozial gerecht ist: Unabhängig vom Einkommen haben alle Bürger freie Arztwahl und profitieren vom medizinischen Fortschritt, wir haben weltweit die kürzesten Wartezeiten und im Notfall wird jeder sofort versorgt, egal wie er versichert ist. Wir werden in der Welt um unser Gesundheitssystem beneidet. Die Deutschen sind damit heute so zufrieden wie seit Jahrzehnten nicht. Ganz anders in den Ländern, wo es die ‚Bürgerversicherung‘ oder ein ähnliches Einheitssystem gibt. Hier müssen Patienten oft monatelang auf Operationen warten.

Ein Systembruch zu einer Einheitskasse würde nur Verlierer erzeugen. Zu Recht haben zahlreiche Ärzteverbände gewarnt, dass mit den SPD-Plänen die Gesundheitsversorgung für alle Bürger schlechter würde.

Unter anderem müssten tausende von Ärzten, Zahnärzten oder Physiotherapeuten ihre Praxen schließen. Medizinische Innovationen würden ohne den Wettbewerb mit der PKV erschwert. Die Wartezeiten würden für alle länger. Die Generationengerechtigkeit würde geschwächt, weil nur die PKV für den demografischen Wandel vorsorgt.

Und nicht nur bei den Ärzten, auch bei Beamten und Arbeitgebern regt sich massiver Widerstand gegen jegliche Einheitslösung in unserem Gesundheitswesen (s. Seite 14), weil sie nicht nur die medizinische Versorgung verschlechtern, sondern hohe Kosten verursachen und Arbeitsplätze gefährden würde.

Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz hat mit Blick auf Siemens die Streichung tausender qualifizierter Jobs als „volkswirtschaftlich irrsinnig und verantwortungslos“ kritisiert. Wirklich verantwortungslos wäre es, aus parteipolitischen Motiven 68.000 qualifizierte Arbeitsplätze in der PKV zu bedrohen. Auf diese zerstörerische Folge einer „Bürgerversicherung“ hat auch die DGB-nahe Böckler-Stiftung in einer Studie hingewiesen.

Unabhängig davon, ob die SPD in Zukunft an der Regierung beteiligt ist oder in die Opposition geht, kann man ihr daher nur raten, von der Idee einer Bürgerversicherung Abstand zu nehmen und sich darauf zu konzentrieren, wirkliche Probleme zu lösen, statt neue zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Volker Leienbach